

Regierungsratsbeschluss

vom 21. Juni 2005

Nr. 2005/1339

Heilpädagogisches Konzept 2005: Eröffnung des öffentlichen Vernehmlassungsverfahrens

1. Ausgangslage

Das Departement für Bildung und Kultur (DBK) ist im Kanton heute für den Bereich Sonderschulen, Sonderschulheime, Früherziehung, Logopädie und verschiedene heilpädagogische Unterstützungen von Kindern zuständig. Um eine Gesamtschau zu ermöglichen und eine Strategie entwickeln zu können, legt das DBK periodisch ein Heilpädagogisches Konzept vor. Letztmals war dies im Jahr 1995 der Fall. Seither haben sich verschiedene Rahmenbedingungen für diesen Bereich grundlegend verändert. Mit dem beschlossenen Rückzug der Invalidenversicherung aus der Sonderschulung und dem auf Bundesebene bereits in Kraft getretenen Behindertengleichstellungsgesetz müssen auf kantonaler Ebene gesetzgeberische, organisatorische, fachliche und finanzielle Anpassungen vorgenommen werden. Das Heilpädagogische Konzept 2005 zeigt die geplanten und notwendigen Massnahmen umfassend auf.

2. Erwägungen

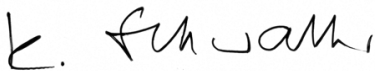
Das Konzept verdeutlicht, dass der Bereich der Sonderschulung viele Einwohner und Einwohnerinnen des Kantons Solothurn direkt und indirekt betrifft. Die Förderung und Unterstützung von behinderten Kindern ist eine gesellschaftspolitisch anspruchsvolle Aufgabe. In den letzten Jahren verstärkten sich auf mehreren Ebenen die Bemühungen, die Integration von behinderten Kindern in die Regelschule zu ermöglichen. Auch fachliche Erkenntnisse weisen in vielen Situationen auf Vorteile dieser neuen Schulungsform hin. Das neue Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes verpflichtet die Kantone inzwischen sogar, integrative Schulangebote anzubieten. Der Kanton Solothurn will nun die Schulen in einem mehrjährigen, unterstützten Prozess auf diese neue Herausforderung vorbereiten. Das Heilpädagogische Konzept 2005 zeigt die dazu notwendigen Massnahmen konkret auf. Dadurch werden nun erstmals auch die Integrationsforderung des kantonalen Leitbildes „Menschen mit Behinderung 2004“ für den Vorschul- und Schulbereich konkretisiert.

Auch unter dem finanziellen Aspekt ist die Sonderschulung bedeutungsvoll, werden für die Erfüllung der Verpflichtungen gesamthaft heute jährlich rund 85 Mio Franken aufgewendet. Angesichts des Rückzugs der Invalidenversicherung (eine Folge der beschlossenen Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) und der sich daraus ergebenden, weitgehend neuen Verantwortung und Mehrbelastung des Kantons bedarf diese Aufgabe einer besonderen Beachtung. Entsprechend wichtig ist es deshalb, auf kantonaler Ebene diese Herausforderung differenziert und offen zu diskutieren um eine tragfähige Grundlage für die Zukunft legen zu können. Das DBK legt gemeinsam mit dem Heilpädagogischen Konzept 2005 gleichzeitig auch bereits einen

ersten Entwurf einer möglichen Anpassung des Volksschulgesetzes und einer präzisierenden Verordnung vor. Interessierte und Betroffene erhalten so die Möglichkeit, sich sehr frühzeitig in die Diskussion um die Zukunft des Bereiches Sonderschulung einzubringen.

3. Beschluss

- 3.1 Auf Antrag des Departementes für Bildung und Kultur wird das Heilpädagogische Konzept 2005 zu Handen der öffentlichen Vernehmlassung in 2. Lesung beraten und beschlossen.
- 3.2 Das Departement für Bildung und Kultur wird beauftragt, ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren über den Entwurf durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 31. Oktober 2005.
- 3.3 Die Druck- und Versandtermine sind mit der Staatskanzlei abzusprechen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilagen

- 1. Titelblatt
- 2. Schreiben des DBK vom 23. Juni 2005
- 3. Fragenkatalog
- 4. Liste der Vernehmlassungsadressaten
- 5. Kurzfassung Heilpädagogisches Konzept
- 6. Heilpädagogisches Konzept

Verteiler

Departement für Bildung und Kultur (7), Gi, VEL, DK, PSt, DA, em, MM
 Amt für Volksschule und Kindergarten (3)
 Pädagogische Hochschule Solothurn (2), Direktion und Weiterbildung/Beratung
 Schulpsychologischer Dienst des Kantons Solothurn (SPD) (2)
 Amtsblatt / Internet STE (Publikation Vernehmlassungsverfahren)
 Staatskanzlei (3), SCH, STU, AST
 Kantonale Finanzkontrolle
 Bau- und Justizdepartement
 Finanzdepartement
 Departement des Innern
 Volkswirtschaftsdepartement